



## Antrag

Fraktion AfD

### **Straßenausbaubeiträge abschaffen!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Konzept zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen, vorzulegen. Dabei sollen verfassungsrechtliche Bedenken überprüft und konzeptionell angepasst werden.

### **Begründung**

Die Straßenausbaubeiträge belasten Wohneigentümer sehr. Viele Wohneigentümer müssen beim Ausbau der anliegenden Straße Beiträge an die Gemeinde zahlen. Auch für vergangene Ausbaumaßnahmen kann die Gemeinde nachträglich diese Gebühren verlangen.

Als Vorbild für die o. g. Forderung dient das Wegegesetz der Freien Hansestadt Hamburg. In dem alten Wegegesetz, in der Fassung vom 22. Januar 1974 (zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. November 2006, HmbGVBl. 2006, S. 562) wurde in § 51 die Abgabe der Ausbaubeiträge festgehalten. Mit der neuen Änderung des Gesetzes vom 28. November 2017 (HmbGVBl. S. 361), entfällt der § 51 gänzlich. Somit ist die Stadt Hamburg Vorreiter beim Abschaffen der Straßenausbaubeiträge.

Aber auch Bayern will nachrücken. Die Freien Wähler haben dort einen konkreten Antrag in den Landtag eingebracht, um den Ausstieg aus den Straßenausbaubeiträgen einzuleiten. Seit Januar läuft nunmehr ein Volksbegehren zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Bayern. Im Zuge dessen hat die CSU-Fraktion auf ihrer Klausurtagung in Banz am 17. Januar 2018 beschlossen, die Straßenausbaubeiträge abschaffen zu wollen. Hierbei möchten sie ein Konzept entwickeln, um diesen Schritt innerhalb von 5 Jahren durchzuführen. Die Freien Wähler in Schleswig-Holstein sind dieser Forderung bereits zuvorgekommen und haben dieses Thema intensiv bearbeitet.

(Ausgegeben am 28.02.2018)

Diese Möglichkeit hält auch die AfD-Fraktion für sinnvoll und fordert die Landesregierung deshalb auf, ein Konzept vorzustellen, die Straßenausbaubeiträge mit einer Übergangsfrist, abzuschaffen. Eine Entlastung der Wohneigentümer und der Gemeinden, muss in dem Konzept berücksichtigt werden. Außerdem soll dargestellt werden, wie die Gemeinden die Finanzierung der wegfallenden Straßenausbaubeiträge, durchführen können.

André Poggenburg  
Fraktionsvorsitzender